

KAMILA STAUDIGL-CIECHOWICZ, Wien

## Zwischen Wien und Czernowitz – österreichische Universitäten um 1918

*This article discusses the development of the Austrian academic landscape in the late 19<sup>th</sup> and early 20<sup>th</sup> centuries, concentrating on the different reasons for the academic mobility of legal scholars. Whereas German had been the leading language at the Austrian universities around 1860, the reforms of the following years led to the consideration of the multi-ethnic demands of the universities in Cracow, Lviv and Prague. Due to the changes in the language of instruction at the universities of Cracow and Lviv, these academic institutions were not at the center of the mobility of Viennese legal scholars. Although many different groups demanded the foundation of new universities in Cisleithania, only one was successful – the German university of Chernivtsi. This article shows the significance of this university for the academic mobility between the Austrian universities and the difficulties the academic staff in Chernivtsi had to face during and after World War I. It presents other examples for the changes in the academic world after the “Great War” as well, inter alia the situation of the Ukrainian scholars, the financial problems of the Austrian universities and the growing Anti-Semitism.*

Die österreichische Hochschullandschaft konnte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts acht Universitäten rühmen: der Wiener Alma Mater Rudolphina, der Grazer Karl-Franzens-Universität, der Innsbrucker Leopold-Franzens-Universität, der böhmischen Karl-Ferdinands-Universität und der deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag [Praha], der Franzens-Universität in Lemberg [Lwiw, Lwów], der Jagiellonischen Universität in Krakau [Kraków] und der Franz Josefs-Universität in Czernowitz [Tscherniwzi, Cernăuți, Czerniowce].

Während die Universität Wien als größte Universität Österreich-Ungarns im Wintersemester 1899/1900 6981 Studentinnen und Studenten verzeichnete, studierten an der kleinsten Universität Cisleithaniens in Czernowitz 381 Personen.<sup>1</sup> Dass die Frequenz an der östlichsten Uni-

versität der Monarchie nicht immer sehr befriedigend war, zeigt ein Bericht Leon Kellners<sup>2</sup> aus 1916. Demnach hatte vor allem die Philosophische Fakultät mit geringen HörerInnenzahlen zu kämpfen. Im Sommersemester 1916 war kriegsbedingt die Anzahl der Lehrveranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sehr überschaubar, so meldete ein „Mann der Naturforschung [...], [dass] seine Zuhörerschaft [...] nur zwei Mann hoch erschienen [wäre]. ‚Ob das wohl schon ein Kollegium ausmache,‘ fragte er. ‚Tres faciunt collegium,‘ entschieden die Juristen; ‚in diesem Fall ist der Professor der Dritte.‘ Ein anderer Herr erinnerte sich bei dieser Gelegenheit, daß die Universität vor so und so vielen Jahren in einem besonders schwachen Wintersemester einen so geringen Zuspruch seitens der Studierenden hatte, daß an der philosophischen

<sup>1</sup> k.k. statistische Zentralkommission, Statistisches Handbuch 74f.

<sup>2</sup> Für den Hinweis auf diese Quelle möchte ich mich herzlich bei MMMag. Ramon Pils bedanken.

Fakultät die Zahl der Professoren die der Studenten überstieg.“ Abschließend hielt Kellner die Anekdote fest, „daß der verstorbene Unterrichtsminister Wilhelm Hartel bei seinem Besuche der Universität Czernowitz den ihn empfangenden Dekan der philosophischen Fakultät mit der Frage begrüßte: ‚Wie geht es Ihrem Hörer?‘“<sup>3</sup>

## Die Universitäten im multi-ethnischen Cisleithanien

Während nach der Universitätsreform 1849 die deutsche Sprache als Unterrichtssprache an den österreichischen Universitäten vorherrschte,<sup>4</sup> mussten in den folgenden Jahrzehnten den Nationalitäten der Habsburgermonarchie Zugeständnisse gemacht werden: So wurden zunächst teilweise einige Lehrveranstaltungen in den verschiedenen Sprachen der Monarchie an den multiethnischen Universitätsstandorten angeboten – so beispielsweise italienische Vorlesungen in Graz und Innsbruck.<sup>5</sup> Nationale Forderungen wurden bereits an den Universitäten der Habsburgermonarchie während der Märzrevolution 1848 laut – so unter anderem an der Prager Universität, die seit 1784 statt der lateinischen die deutsche Unterrichtssprache – mit der Ausnahme der Vorlesungen des 1793 gegründeten Lehrstuhls für tschechische Sprache und Literatur – verwendete.<sup>6</sup> Durch den Druck der Studenten und als Versuch die Revolution im Keim zu ersticken wurde zwar den Universitäten die Abhaltung von Lehrveranstaltungen in den Nationalsprachen erlaubt bzw. dies gedul-

det,<sup>7</sup> diese Errungenschaften waren jedoch nicht von Bestand. Mit dem Einzug der neuen absolutistischen Phase wurden die Universitäten wieder stärker überwacht und germanisiert.<sup>8</sup>

Nach der Abkehr vom Neoabsolutismus verstärkten sich die Stimmen, die eine „konsequente Zweisprachigkeit“ an der Prager Universität postulierten.<sup>9</sup> Eine Lösung brachte schließlich die Teilung der Prager Universität in zwei Universitäten, eine deutschsprachige und eine böhmische<sup>10</sup> – die Frage, welche von beiden nun die Nachfolgerin der 1348 errichteten Universität ist, wurde wohl bewusst nicht angesprochen, um dadurch die Unzufriedenheit zu mäßigen und beiden Universitäten die Berufung auf die jahrhundertelange Tradition zu ermöglichen.<sup>11</sup> Forderungen nach der Änderung der Unterrichtssprache gab es auch an den Universitäten in Krakau und Lemberg. Insbesondere in Krakau war die deutsche Vortragssprache eine rezente Änderung, wurde sie schließlich erst nach der Eingliederung der Republik Krakau 1846 eingeführt.<sup>12</sup> Die Forderungen nach einer Repolonisierung wurden zunächst an der Krakauer Universität berücksichtigt, als 1861 eine Regelung bezüglich der Aufteilung der Fächer der medizinischen, rechts- und staatswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät auf die polnische und die deutsche Unterrichtssprache getroffen wurde.<sup>13</sup> Diese sprachliche Öffnung der Universität wurde in Folge auf die Universi-

<sup>3</sup> KELLNER, Sommersemester 1f.

<sup>4</sup> So für die im heutigen Österreich gelegenen Universitäten: ENGELBRECHT, Geschichte des Bildungswesens 4, 300. Zu Universität Krakau vgl. HEINDL, Universitätsreform und politisches Programm.

<sup>5</sup> PACE, Handbuch 4, 1058.

<sup>6</sup> ŠTEMBERKOVÁ, Universitas 39; STAMM, Univerzita 309f.

<sup>7</sup> So durften beispielsweise laut Kundmachung vom 28. 3. 1848 an der Prager Universität „Lehrvorträge [...] in beiden Landessprachen, so wie in jeder anderen Sprache gehalten werden.“ Abgedruckt in: HEINTL, Mittheilungen 8f.

<sup>8</sup> BANACH, The partitional period 101.

<sup>9</sup> ŠTEMBERKOVÁ, Universitas 47.

<sup>10</sup> RGBl. 24/1882.

<sup>11</sup> ŠTEMBERKOVÁ, Universitas 48.

<sup>12</sup> BIENIARZÓWNA, Od wiosny ludów 177; BANACH, The partitional period 96 f.

<sup>13</sup> Erlass des Staatsministeriums v. 13. 2. 1861, Z. 615, zusammengefasst bei BECK, KELLE, Universitätsgesetz 16 Anm. 1.

tät in Lemberg ausgeweitet. Schließlich wurde für Krakau bestimmt, dass „für alle Vorträge der ordentlichen und außerordentlichen Professoren an der [sic] weltlichen Fakultäten [...] die polnische Sprache in Anwendung zu kommen habe“ – mit der naheliegenden einzigen Ausnahme der Vorträge über deutsche Sprache und Literatur.<sup>14</sup> 1871 folgte eine analoge Bestimmung für Lemberg, allerdings war dort die Lage auf Grund der konkurrierenden Interessen der polnischen und ruthenischen Bevölkerung anders. Zwar sah der Erlass von 1871 als Kriterium für die Besetzung einer erledigten Lehrkanzel die Beherrschung einer der beiden Landessprachen (somit des Polnischen oder des Ruthenischen) durch den Kandidaten vor, doch entwickelte sich die polnische Unterrichtssprache in den folgenden Jahren zur „Hauptsprache“.<sup>15</sup>

Als einzige Neugründung nach 1848 im österreichischen Teil der Monarchie ist die Franz-Josephs-Universität in Czernowitz zu verzeichnen, die 1875 bewusst als deutschsprachige Universität errichtet wurde.<sup>16</sup>

Diese sprachliche Vielfalt der altösterreichischen Hochschulen wirkte sich unter anderem auf die Migrationswege der Lehrenden aus. So ist es naheliegend, dass sich ein verstärkter akademischer Austausch zwischen gleichsprachigen

Universitäten etablierte. Während vor den sprachlichen Öffnungen den Jungakademikern verschiedenste universitäre Karrierewege offenstanden, denn die deutsche Sprache beherrschten alle altösterreichischen Universitätsabsolventen, so änderte sich dies durch die Einführung der böhmischen, polnischen und ruthenischen Sprache – zwar kam es nach wie vor zu Karrierewegen zwischen den deutschsprachigen und den nichtdeutschsprachigen Universitäten, doch waren diese nun in der Regel einseitig – und zwar als Habilitationen an deutschsprachigen Universitäten mit anschließender Berufung an eine nichtdeutschsprachige Universität, wie dies beispielsweise bei dem Handelsrechtler Fryderyk Zoll jun. erfolgte. Er habilitierte sich 1895 in Wien und wurde 1897 an die Universität in Krakau berufen, wo er über 50 Jahre lang lehrte.<sup>17</sup> Als Beispiele für Karrierewege von Rechts- und Staatswissenschaftlern vor der Nationalisierung der altösterreichischen Universitäten seien hier Josef Krainz,<sup>18</sup> Carl von Pratobevera,<sup>19</sup> Moritz von Stubenrauch,<sup>20</sup> Joseph Unger<sup>21</sup> und Joseph von Winiwarter<sup>22</sup> zu nennen.

<sup>14</sup> Erlass des MKU v. 14. 5. 1870, Z.4034, MVB Nr. 87, betreffend die Vervollständigung der polnischen Vorträge an der Universität in Krakau. Ausschnittsweise abgedruckt in: BECK, KELLE, Universitätsgesetze 17.

<sup>15</sup> So wurde die polnische Sprache an den weltlichen Fakultäten als Prüfungssprache bestimmt. Lediglich wenn „die an dieser Prüfung berufenen Professoren der betreffenden Sprache mächtig [waren], [konnte] die Prüfung auch in der deutschen oder ruthenischen Sprache“ abgelegt werden. Vgl. Erlass des MKU v. 5. 5. 1879, Z. 6275, MVB Nr. 33, betreffend die Prüfungs- und Amtssprache an der Lemberger Universität, abgedruckt in: BECK, KELLE, Universitätsgesetze 19.

<sup>16</sup> Vgl. STAUDIGL-CIECHOWICZ, Österreichische Universitätslandschaft 646f. m.w.N.

<sup>17</sup> POL, Fryderyk Zoll.

<sup>18</sup> Krainz (1821–1875) habilitierte sich 1849 in Graz und lehrte österreichisches Zivilrecht in Hermannstadt, an der Universität in Innsbruck und in Prag. In Graz unterrichtete er das Zivilrecht in slowenischer Sprache. Vgl. zu ihm: OBERKOFER, Krainz.

<sup>19</sup> Pratobevera (1769–1853) wurde Ende des 18. Jahrhunderts zum Rektor der Universität Krakau ernannt und übte dieses Amt 1823/24 auch an der Universität Wien aus. Vgl. BALTL, Pratobevera.

<sup>20</sup> Stubenrauch (1811–1865) war als Adjunkt an der Universität Wien tätig, wurde 1838 an die Universität in Lemberg berufen. Seit 1849 war er Professor an der Universität Wien. Vgl. DÖLEMEYER, Stubenrauch.

<sup>21</sup> Unger (1828–1913) habilitierte sich für österreichisches Zivilrecht an der Universität Wien, lehrte anschließend als außerordentlicher Professor in Prag und wurde 1856 zurück nach Wien berufen. Vgl. BRAUNEDER, Unger.

<sup>22</sup> Winiwarter (1780–1848) studierte Rechtswissenschaften in Wien, war seit 1806 Professor an der Uni-

## Von Wien nach Czernowitz<sup>23</sup>

Die akademischen Karrierewege vieler Juristen um die Jahrhundertwende weisen einen beruflichen Aufenthalt in Czernowitz auf. Besonders junge Gelehrte wurden nach Czernowitz berufen. In den 44 Jahren ihres Bestandes wirkten 127 ordentliche und außerordentliche Professoren an dieser Universität; davon 112 an der philosophischen und an der juristischen Fakultät. Die theologische Fakultät wird in weiterer Folge nicht berücksichtigt werden, da es zwischen der Wiener katholischen Theologie und der Czernowitzer griechisch-orientalischen Theologie naheliegender Weise keine Mobilität der Lehrenden gab. Von den 112 ordentlichen und außerordentlichen Professoren waren 97 bereits davor an einer Universität tätig.<sup>24</sup> Davon lehrten 44 vor ihrer Berufung nach Czernowitz in Wien – 43 davon als Privatdozenten und einer als außerordentlicher Professor. Dieser hohe Anteil an jungen Wiener Wissenschaftlern zeigt, dass

versität in Lemberg und kehrte 1827 an die Universität Wien zurück. Vgl. HOFMEISTER, Winiwarter.

<sup>23</sup> Die folgenden Daten wurden aus den Übersichten bei PROKOPOWITSCH, Gründung, Entwicklung und Ende 29–39, 59–73 entnommen ohne jedoch die Zahlen der griechisch-orientalischen Fakultät zu berücksichtigen. Die Zuverlässigkeit der Daten wurde nur in Einzelfällen überprüft. Nicht verifiziert konnte die Angabe zu Josef Mauczka werden, der so Prokopowitsch (PROKOPOWITSCH, Gründung, Entwicklung und Ende 30) 1915 in Czernowitz starb. Laut Slapnicka wurde Mauczka jedoch 1916 nach Prag berufen. Vgl. SLAPNICKA, Juridische Fakultäten 65. Die Angaben bei Slapnicka bestätigt die Todesanzeige von Josef Mauczka aus 1917, demnach war er zu diesem Zeitpunkt ordentlicher Professor für Privatrecht an der deutschen Universität in Prag. Deutsches Volksblatt, Nr. 10213 vom 9. 6. 1917, 6.

<sup>24</sup> Anzumerken ist, dass Prokopowitsch (PROKOPOWITSCH, Gründung, Entwicklung und Ende) leicht variierende Zahlen verwendet, die nicht vollständig nachvollzogen werden konnten. Da die grundsätzliche Tendenz auch bei geringfügigen Abweichungen klar nachgewiesen werden kann, sind die von Prokopowitsch erstellten Listen für diesen Zweck als Quelle ausreichend.

die Universität Czernowitz für Wiener Habilitierte oft die erste Station als Professor war. Insgesamt war die Zahl der berufenen Privatdozenten in Czernowitz beachtlich – von den 97 Professoren waren 80 unmittelbar zuvor als Privatdozenten tätig. Die durchschnittliche Lehrtätigkeit lag bei den zwei weltlichen Fakultäten bei elf Jahren, wobei etwa die Hälfte aller Lehrenden nicht mehr als zwölf Jahre in Czernowitz unterrichtete. Von 32 an der juristischen Fakultät Lehrenden, die nicht von der Rumänisierung 1919 betroffen waren, nahmen 28 den Ruf an eine andere Universität an. Diese Daten zeigen, dass Czernowitz in der Regel als Anfangs- bzw. Zwischenstation in der akademischen Karriere betrachtet wurde. Als wegberufende Universitäten scheinen in der Regel Prag (15 Czernowitzer Professoren berufen), Innsbruck (15 Czernowitzer Professoren berufen) und Graz (14 Czernowitzer Professoren berufen) auf, gefolgt von Wien mit drei Berufungen von Czernowitzer Lehrenden. Vereinzelt gingen die Professoren der Universität in Czernowitz ins Deutsche Reich (insgesamt sieben Berufungen an sechs verschiedene Universitäten) und in die Schweiz (eine Berufung). Die Universität Czernowitz dürfte somit vor allem als Anfangsstation für weitere Berufungen an die deutschsprachigen Universitäten Cisleithaniens gedient haben. Die Mobilität zwischen den polnischsprachigen Universitäten Krakau und Lemberg und der deutschsprachigen Universität Czernowitz war hingegen wenig ausgeprägt. Im Untersuchungszeitraum wurden fünf Personen von den polnischsprachigen Universitäten nach Czernowitz berufen. Eine Wegberufung an eine polnischsprachige Universität erfolgte nur in einem Fall – der Rechtsgermanist Alfred von Halban wurde als Krakauer Privatdozent nach Czernowitz berufen und wechselte nach zehnjähriger Tätigkeit an die Universität Lemberg.

## Versuche universitärer Neugründungen

Zwischen 1848 und 1918 kam es – wie bereits dargestellt wurde – in Cisleithanien zu einer einzigen Gründung einer Universität. Gleichzeitig wurden im 19. Jahrhundert auch Hochschulstandorte aufgegeben. 1810 wurde die Universität Salzburg, die zu diesem Zeitpunkt zu Bayern gehörte, und 1855 die recht- und staatswissenschaftliche Fakultät<sup>25</sup> sowie in den folgenden Jahren die gesamte Universität in Olmütz [Olmouc] geschlossen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden verschiedene Versuche unternommen um die geschlossenen Universitäten zu reaktivieren oder auch neue zu gründen. Die Forderungen kamen aus allen Winkeln der Monarchie und waren durch nationale Interessen der jeweils antragstellenden ethnischen Gruppe motiviert. Zu den hartnäckigsten Verfechtern einer (weiteren) eigenen Universität gehörten in Cisleithanien die Deutschen, die Tschechen, die Italiener, die Slowenen<sup>26</sup> und die Ruthenen.

Als Beispiele seien hier die Bestrebungen bezüglich Salzburgs in den 1870er Jahren und die italienischen Pläne genannt.<sup>27</sup> Im Oktober 1870 wurde aufgrund eines Beschlusses der Landesvertretung von Salzburg eine Petition zur Wiedererrichtung der Universität in Salzburg verfasst und im Jänner 1872 in das Abgeordnetenhaus eingebracht.<sup>28</sup> Der Bedarf nach einer Universität wurde einerseits mit dem allgemeinen Anstieg an Bildung und andererseits mit natio-

nenal Beweggründen gerechtfertigt. Als erstes Motiv wurde – mit dem Hinweis, dass Lemberg und Prag „aufgehört haben deutsche Hochschulen zu sein“ – „die Vermehrung der deutschen Hochschulen in den deutschen Ländern zum Schutz und Hort für deutsche Bildung und Gesittung“ angeführt.<sup>29</sup> Eine Universität in Salzburg wurde auch von den deutschsprachigen Lemberger Professoren als Gegenmaßnahme gegen die Polonisierung der Universität in Lemberg verlangt.<sup>30</sup>

Ebenfalls der italienische Bevölkerungsanteil strebte nach einer Universität bzw. nach einer eigenen juristischen Fakultät. Bis zum Verlust Lombardo-Venetiens 1866 verfügte die Habsburger-Monarchie über zwei italienischsprachige Universitäten – eine in Padua und eine in Pavia.<sup>31</sup> Danach wurden Trient [Trento], Rovereto und Triest [Trieste] als mögliche Standorte genannt. Andere Konzepte schlugen eine dopsprachige Universität Innsbruck oder auch eine eigene italienische rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät in Innsbruck oder Wien vor.<sup>32</sup> Der kurzzeitig verwirklichte Plan einer italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck endete mit blutigen Ausschreitungen zwischen den „deutschnationalen und monarchietreuen“ Studierenden und den italienischen im Jahr 1904/05.<sup>33</sup> In weiterer Folge wurde erwogen eine „provisorische Rechtsfakultät in Wien zu errichten“, diesem Plan widersetzten sich jedoch sowohl italienische Abgeordnete, die eine juridi-

<sup>25</sup> Erlass des MKU v. 2. 11. 1855 RGBL. 196/1855 womit die Auflösung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Olmütz kundgemacht wird.

<sup>26</sup> Vgl. dazu in diesem Band EHS, Politische Neuordnung.

<sup>27</sup> Zu den bereits davor gemachten Plänen die Universität zu Salzburg zu reaktivieren vgl. ORTNER, Universität in Salzburg.

<sup>28</sup> RR AH, StProt der 3. Sitzung der 7. Session am 13. 1. 1872, 24.

<sup>29</sup> RR AH, StProt der 27. Sitzung der 7. Session am 19. 3. 1872, 560. Die Petition wurde der Regierung zur „Würdigung und Erledigung abgetreten“. RR AH, StProt der 86. Sitzung der 7. Session am 21. 4. 1873, 1846.

<sup>30</sup> Neues Fremden-Blatt, Nr. 344 vom 14. 12. 1869 (Abendblatt).

<sup>31</sup> ENGELBRECHT, Geschichte des Bildungswesens 4, 316f.

<sup>32</sup> ENGELBRECHT, Geschichte des Bildungswesens 4, 317f m.w.N.; Vgl auch das politisch stark geprägte Werk von MOLISCH, Hochschulen 42–64.

<sup>33</sup> HOCHGERNER, Studium 200.

sche Fakultät in Triest wünschten, als auch deutsche Abgeordnete, die fürchteten dadurch Zugeständnisse auch an die anderen „Volksgruppen“ machen zu müssen. Nach „heftigen Zusammenstößen zwischen deutschen und italienischen Studenten, die weit über das Maß gewöhnlicher Studentenschlägereien hinaus gingen“ wurde das gesamte Projekt auf Eis gelegt.<sup>34</sup> Eine rege Antragstellung bezüglich Schaffung bzw. Verlegung von Universitäten lässt sich kurz vor bzw. während des Ersten Weltkriegs beobachten. Im Jänner 1911 beantragten tschechische Abgeordnete die Gründung einer tschechischen Universität in Brünn mit dem Argument, dass über 71 % der Bevölkerung in Mähren tschechisch sei und diese Maßnahme das „gesellschaftliche Leben des Landes Mähren“ stärken würde.<sup>35</sup>

Die nationalen Konflikte an der Lemberger Universität führten zur wiederholten Forderung nach der Gründung einer rein ukrainischen Universität.<sup>36</sup> Insgesamt wurden 1914 an der Universität in Lemberg 265 Lehrveranstaltungen in polnischer Sprache und lediglich 22 Lehrveranstaltungen in ruthenischer Sprache abgehalten.<sup>37</sup> Einen Ausweg aus dieser für die ukrainischsprachige Bevölkerung Lembergs tristen Situation sahen die ukrainischen Abgeordneten, unter ihnen auch Stanisław Dnistrianski, in der Gründung einer selbständigen ukrainischen Universität in Lemberg, was sie im Initiativan-

trag 1917 erläuterten.<sup>38</sup> Im gleichen Jahr stellten die Abgeordneten Franz Dinghofer<sup>39</sup> und Johann Nepomuk Hauser<sup>40</sup> den Antrag auf Errichtung einer deutschen Universität in Linz mit dem Namen Kaiser Karl Friedensuniversität.<sup>41</sup> Als Argumente brachten sie die Überfüllung der Wiener Universität und die Nähe von Linz zu Wien, so dass die Alma Mater Rudolphina durch die Linzer Universität entlastet werden könnte. Des Weiteren begründeten sie ihren Antrag mit der Vernachlässigung Oberösterreichs auf dem Gebiete des höheren Schulwesens.

All diese Pläne erlebten in der österreichisch-ungarischen Monarchie keine Verwirklichung, jedoch wurden manche von ihnen nach 1918 wieder aufgegriffen.

## Zusammenbruch der Monarchie

Der Zerfall Österreich-Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg wirkte sich auch auf akademische Karrieren aus.<sup>42</sup> Von den acht altösterreichischen Universitäten lagen nur mehr drei im Territorium Deutschösterreichs. Die Universität in Krakau und in Lemberg fiel an Polen, die Universität in Czernowitz an Rumänien und die Prager Universitäten an die Tschechoslowakische Republik. Zwar waren die akademischen Migrationswege der Wissenschaftler zwischen den deutschsprachigen und den nicht deutschsprachigen Universitäten – wie bereits erläutert

<sup>34</sup> NFP, Nr. 15898 vom 23. 11. 1908, 7.

<sup>35</sup> Initiativantrag 1104 BlgAH 20. Sess.

<sup>36</sup> Zwar sah das Universitätsrecht ab den 1870er Jahren sowohl die polnische als auch die ruthenische Sprache als Vortragssprachen vor, doch wurden weit aus weniger Lehrkanzeln für ruthenisches Recht eingerichtet und diese teilweise unbesetzt gelassen und durch Privatdozenten suppliert. Erlass des MKU v. 11. 7. 1871, betreffend die Beseitigung der bisherigen Beschränkungen in der Abhaltung polnischer und ruthenischer Vorträge an der Universität in Lemberg, abgedruckt in: BECK, KELLE, Universitätsgesetze 17f.

<sup>37</sup> Zit. n. REDZIK, Prawo prywatne 40 m.w.N.

<sup>38</sup> Initiativantrag 299 BlgAH 22. Sess.

<sup>39</sup> Franz Dinghofer (1873–1956) Mitglied im Abgeordnetenhaus und anschließend Nationalratsabgeordneter der Großdeutschen Partei. Vgl. MAYRHOFER, Franz Dinghofer.

<sup>40</sup> Johann Nepomuk Hauser (1866–1927) war Prälat, Mitglied im Abgeordnetenhaus und anschließend Nationalratsabgeordneter der Christlichsozialen Partei. Vgl. HONEDER, Hauser.

<sup>41</sup> Initiativantrag 900 BlgAH 22. Sess.

<sup>42</sup> Vgl. STAUDIGL-CIECHOWICZ, Österreichische Universitätslandschaft.

wurde – ohnehin nicht besonders intensiv, jedoch wirkten sich die neuen politischen Grenzen auf den Austausch mit den Universitätsstädten Czernowitz und Prag aus.

Die deutsche Universität in Prag blieb zwar als deutschsprachige Lehr- und Forschungsstätte in der Zwischenkriegszeit erhalten, ein Wechsel an die Prager Universität war jedoch nun mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Ludwig Adamovich sen. berichtete in seiner Selbstdarstellung 1955 von seinen Prager Jahren: „Die für mich vollkommen neuen Probleme, die die tschechoslowakische Rechtsordnung, insbesondere auf dem schwierigen Gebiet des Nationalitätenrechts bot, forderten Anspannung aller Kräfte, da ich die Vorlesungen über das Gesamtgebiet des tschechoslowakischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts sofort zu übernehmen hatte.“<sup>43</sup> Ein Blick in die Personalstandsverzeichnisse der deutschen Universität in Prag zeigt, dass insbesondere in staatswissenschaftlichen Fächern Wiener Gelehrte gefragt waren.<sup>44</sup> Ab 1921 lehrte Rudolf Schranil, der sich bereits 1917 in Prag habilitiert hatte, ab 1918 jedoch in Wien wirkte, als außerordentlicher (ab 1927 als ordentlicher) Professor das Finanzrecht, die Verwaltungslehre und das tschechoslowakische Verwaltungsrecht. Von 1927 bis 1928 war Ludwig Adamovich sen. als außerordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der deutschen Universität tätig.<sup>45</sup> Auf Adamovich folgte der in Wien bei Kelsen habilitierte Fritz Sander und schließlich wurde 1936 Hans Kelsen selbst an die deutsche Universität in Prag berufen.<sup>46</sup>

<sup>43</sup> ADAMOVICH, Selbstdarstellung 15.

<sup>44</sup> Für diese Untersuchung wurden nur die Lehrenden der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät herangezogen.

<sup>45</sup> Vgl. STAUDIGL-CIECHOWICZ, Österreichische Universitätslandschaft 660–662 m.w.N.

<sup>46</sup> OLECHOWSKI, BUSCH, Deutsche Universität Prag.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges wurde eine Übertragung der deutschen Universität Prag in Erwägung gezogen. Da man davon ausging, dass sich Prag nicht mehr im österreichischen Staatsgebiet befinden werde, kam die Idee auf, diese Universität nach Deutschböhmen zu verlegen. Prinzipiell standen die anderen Universitäten Deutschösterreichs dieser Ideegeschlossen gegenüber. Anders als bei der ange-dachten Verlegung der Universität Czernowitz erwarteten sie dadurch keinen HörerInnen-schwund.<sup>47</sup> Weder diese Pläne, noch tschechische Überlegungen die „deutsche Universität in die Grenzgebiete zu verlegen“ konnten sich durchsetzen, geändert wurde allerdings die Stellung der deutschen Universität in Prag durch die Mareš-Gesetze.<sup>48</sup> Demnach standen die Insignien und die Gebäude der ursprünglichen Karls-Universität lediglich der tschechischen Karls-Universität zu, diese allein führte nun die Tradition fort. Die deutsche Universität verlor somit ihren Namen und musste die Insignien aushändigen, was schließlich 1934 zu Ausschreitungen zwischen den beiden Universitäten führte.<sup>49</sup>

## Von Czernowitz nach Salzburg?

Die Universität in Czernowitz war aufgrund ihrer exponierten Lage im Ersten Weltkrieg direkt von den Kriegshandlungen betroffen. Bereits im September 1914 wurden heftige Kämpfe um Czernowitz geführt, so dass der Universitätsbetrieb nicht aufgenommen werden konnte.<sup>50</sup> Akademische Angelegenheiten die Czernowitz-

<sup>47</sup> Stellungnahme des akademischen Senats der Universität Graz v. 27. 12. 1918, Z. 881, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 3761/1918.

<sup>48</sup> ŠTEMBERKOVÁ, Universitas 65.

<sup>49</sup> SVATOŠ, Prager Universitäten 139; KONRÁD, Deutsche Universität Prag 35.

<sup>50</sup> URAY, Czernowitz 70.

zer Universität betreffend konnten während deren Schließung in Wien erledigt werden. Der Czernowitzer Rektor Caesar Pomeranz hatte zu diesem Zweck eine wöchentliche Sprechstunde in den Räumlichkeiten der Wiener Universität.<sup>51</sup> Im Sommersemester 1916 erfolgte die Wiederaufnahme der Vorlesungen, bereits sechs Wochen später war Czernowitz wieder unter russischer Herrschaft.

Im April 1918 wurde „das Rektorat der Universität Czernowitz aufgefordert, die Vorarbeiten zur Wiederherstellung der Universität in Angriff zu nehmen und die Professoren, wissenschaftliche Hilfskräfte und Beamten nach Czernowitz einzuberufen; gleichzeitig wurde angeordnet, daß der normale Unterricht im Winter-Semester 1918/19 wieder zu beginnen habe.“<sup>52</sup> Zu diesem Zweck wurden die Schäden an der Universität nach Wien berichtet. Im Vergleich zu anderen Seminaren, war der Zustand des rechts- und staatswissenschaftlichen Seminars „verhältnismäßig befriedigend“ – zumindest was den Bücherbestand betraf.<sup>53</sup> Das staatswissenschaftliche Seminar war „in baulicher Beziehung“ in einem „schier trostlose[n]“ Zustand – die Räume waren nicht versperrbar, eine „Reihe von Glasfenstern [...] zerschlagen, die Abortanlage devastiert“.<sup>54</sup>

Die Universität Czernowitz konnte trotzdem ihren Betrieb wieder aufnehmen, doch war der universitäre Alltag von den drohenden Kriegshandlungen beeinflusst – ein Umstand, der laut

den Czernowitzer Professoren von der Wiener Regierung nicht berücksichtigt wurde.<sup>55</sup> Schwierigkeiten brachte auch der Wechsel in der Person des Kaisers für den Betrieb der Universität. Im Juli 1918 berichtete der Prorektor der Universität Hans Frisch von Problemen bei der Durchführung der Promotionen: Die Universität war „bei der Vornahme von Promotionen infolge des Mangels eines entsprechend ausgeführten Bildnisses Sr. Majestät des Kaisers Karl I. in einer argen Verlegenheit.“ Zwar konnte diese Situation durch die Entlehnung eines Kupferstiches gerettet werden, das Rektorat ersuchte jedoch um die Finanzierung zweier „künstlerisch ausgeführter Kaiserbilder“<sup>56</sup> – diese Anfrage erledigte sich von selbst, der Vermerk vom 23. November 1918 lautete „ist nunmehr gegenstandslos“<sup>57</sup>.

Ein weitaus größeres Problem stellte die Frage nach dem Fortbestand der Universität Czernowitz dar. Bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurden Stimmen laut, die eine Übersiedlung der Universität bzw. ihrer weltlichen Fakultäten – die Mitnahme der griechisch-orientalisch theologischen Fakultät stand wegen ihres örtlichen Einzugsgebiets nicht zur Diskussion – forderten. Als Hochschulstandorte boten sich verschiedene Städte an, insbesondere aber Salzburg und Linz. Die Diskussionen um die Verlegung der Universität dauerten insgesamt bis zum Ende des Krieges, wurden jedoch nicht kontinuierlich geführt, sondern waren stets von der Situation in Czernowitz beeinflusst. Nach der Besetzung von Czernowitz im September 1914 hatten schon einige Czernowitzer Professo-

<sup>51</sup> Wiener Zeitung Nr. 231 vom 1. 10. 1914, 7.

<sup>52</sup> Bericht v. Hans Frisch v. 1. 6. 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, GZl. 12231/1919.

<sup>53</sup> Schreiben Karl Adlers an das Rektorat der Univ. Czernowitz v. 4. 7. 1918, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 D, Zl. 35981/1918, fol. 23.

<sup>54</sup> Bericht des Vorstands des staatswissenschaftlichen Seminars Roschmann v. 4. 7. 1918, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 D, Zl. 35981/1918, fol. 24.

<sup>55</sup> Denkschrift über die Lage der deutschen Professoren der Universität Czernowitz v. März 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 12230/1919.

<sup>56</sup> Schreiben von Prorektor Hans Frisch an das MKU v. 17. 7. 1918, Z. 1210, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 B<sub>1</sub>, Zl. 27411/1918.

<sup>57</sup> ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 B<sub>1</sub>, Zl. 27411/1918.

ren, die sich Großteils im Westen auf Sommeraufenthalt befanden, diese Idee als provisorische Lösung aufgeworfen. Als die Stadt 1916 abermals besetzt wurde bekam die Diskussion um die Übertragung neuen Zündstoff. Die Debatte über die Verlegung wurde sowohl in politischen Gremien, als auch in Tageszeitungen und unter den österreichischen Professoren geführt – mit einer dementsprechenden Polemisierung.<sup>58</sup> Als Fürsprecher der Salzburger Lösung traten unter anderem die Czernowitzer Professoren Hans von Frisch und Kurt Kaser in anonymen Schriften auf.<sup>59</sup> In Salzburg selbst war man sich unschlüssig – einerseits wurde schon seit Jahrzehnten um eine Universität gekämpft, andererseits gingen manche Pläne in Richtung katholischer Universität, was aber mit der Übertragung von Czernowitz nicht harmonisierte.<sup>60</sup>

So kam es, dass 1918 eine erneute Welle der Diskussion um dieses Thema begann. Für die Übertragung „der beiden weltlichen Fakultäten, sowie der Bibliothek [...] nach Salzburg“ sprachen sich insbesondere Czernowitzer Lehrkräfte aus. In einer Zuschrift aus November 1918 begründeten drei Dozenten, Hans Reichelt, Hermann Cammerloher und Otto Porsche, „dass nach der nun mehr über-sehbaren politischen Gesamtlage die Existenz dieser deutschen Hochschule auf dem von Ruthenen und Rumänen heissumstrittenen Boden unmöglich geworden ist und dass bei weiterem Zuwarten alle ihre durch deutsche Arbeit und deutschen Sammel-leiss geschaffenen geistigen und materiellen Werte dem deutschösterreichischen Volke für immer verloren zu gehen drohen.“ Als Mitunterstützer nannten sie Bauer, Baumhackl, von

Böhm, von Frisch, Kaser, Kogler, Mikoletzki, Nettolitzki, Pennecke, Reinhold, von Roschmann, Zelinka und von Zigerle.<sup>61</sup> Die Reaktion der deutschösterreichischen Universitäten auf den Vorschlag die Czernowitzer Universität zu verlegen war bei Weitem nicht positiv. Der akademische Senat der Universität Graz äußerte sich einstimmig dagegen und machte darauf aufmerksam, dass es sich „nicht um eine Verlegung [...] [handelte], sondern um eine völlige Neugründung“, da sich diese Universität „in den Alpenländern in einem ihr bisher vollkommen ferne stehenden Gebiete [fände], in dem sie sich alle Beziehungen erst schaffen müsste.“<sup>62</sup> Sowohl die Grazer als auch die Innsbrucker Stellungnahmen betonten den mangelnden Bedarf einer weiteren Hochschule und wiesen auf die bereits sehr angespannte finanzielle Lage hin. In dieser wäre es „keineswegs angezeigt, neue Hochschulen entstehen zu lassen, da so woe [sic! Anm.: muss wohl wie heißen] so alle akademischen Berufe mit Anwärtern überfüllt sind und dadurch nur das materielle Elend der akademisch Gebildeten ins unermessliche gesteigert würde“.<sup>63</sup> Vielmehr wurde angeregt die

<sup>58</sup> STAUDIGL-CIECHOWICZ, Österreichische Universitätslandschaft 649f.

<sup>59</sup> Es handelt sich dabei um zwei Artikel im Deutschen Hochschulwart vom Dezember 1916 und Jänner 1917. Vgl. PROKOPOWITSCH, Kampf um die Verlegung.

<sup>60</sup> ORTNER, Universität in Salzburg 82–97.

<sup>61</sup> Schreiben der Dozenten Cammerloher, Porsche und Reichelt an den deutschösterreichischen Staatsrat v. 7. 11. 1918, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 412/1918. Vgl. mit vollen Namen bei URAY, Czernowitz 75, Anm. 27, der jedoch Cammerloher, dessen Unterschrift auf dem Dokument aufscheint nicht nennt. Bei Baumhackl handelt es sich um den Direktor der Czernowitzer Universitätsbibliothek Friedrich Baumhackl. Vgl. Schreiben des Unterstaatssekretärs für Unterricht an die Direktionen der Universitätsbibliotheken in Wien, Graz und Innsbruck ua. v. 10. 7. 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 FB2a, Zl. 14711/1919.

<sup>62</sup> Stellungnahme des akademischen Senats der Universität Graz v. 27. 12. 1918, Z. 881, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 3761/1918.

<sup>63</sup> Stellungnahme der zu Innsbruck tagenden Volksversammlung v. 17. 12. 1918, ÖStA, AVA Unterricht

bereits bestehenden Universitäten besser finanziell zu versorgen.<sup>64</sup> Als ‚krönenden Abschluss‘ ließ der Vorarlberger Landeshauptmann in seiner Stellungnahme für den Vorarlberger Landesrat die „Oeffentlichkeit“ zu Wort kommen: Diese „würde erleichtert aufatmen, wenn die unglückliche Gründung von Czernowitz, mit welcher man nur deutsches Geld in kulturloses Gebiet eines geistlosen Analphabetentums verschleuderte, endlich untergehen könnte. Die vier deutschen Professoren dort sollen nicht Anlaß sein, ein wissenschaftlich steriles Institut auf deutschem Boden zu schaffen.“<sup>65</sup>

## Die Czernowitzer Professoren

Nach der Ablehnung der Übertragung stellte sich natürlich die Frage, was nun mit den deutschsprachigen Lehrenden der Universität Czernowitz passieren würde. Während sich der Staat um die Privatdozenten, die keine Staatsbeamten waren, nicht kümmern musste, musste für die Professoren eine Lösung gefunden werden. Das Studienjahr 1918/19 verbrachten die Czernowitzer Professoren unter wechselnder staatlicher Zugehörigkeit der Stadt. Hans von Frisch berichtete in seinem Anfang Juni 1919 erstellten Schreiben, dass die „wenigen Deutschen der Czernowitzer Universität [...] nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie zunächst kurze Zeit unter ukrainischer Herrschaft [...] [ihren] Dienst [...] [versahen], seit ca. Mitte November [...]

[standen sie] unter der Rumäniens.“<sup>66</sup> Die Kommunikationsaufnahme mit Deutschösterreich gestaltete sich schwierig. Ende Dezember bekamen die Professoren inoffiziell die Nachricht, dass der deutschösterreichische Staatsrat beschlossen habe das Czernowitzer Personal – so gewünscht – in den deutschösterreichischen Staatsdienst zu übernehmen.<sup>67</sup> Auf Nachfragen von Frisch, der – laut eigenen Angaben – als Vertreter der deutschen Professoren nach Wien reiste, bei Staatssekretär für Unterricht Raphael Pacher wurde die Übernahme nicht bestätigt, sondern die Professoren aufgefordert „solange als möglich auf [...] [ihren] Posten auszuhalten“.<sup>68</sup>

Eine Nachfrage bei der rumänischen Regierung im Februar 1919 ergab, dass die Universität Czernowitz mit dem Wintersemester 1919/20 die rumänische Sprache als Unterrichts- und Geschäftssprache übernehmen werde. Zwar war es den deutschen Professoren überlassen in Czernowitz zu bleiben, doch mussten sie ihre Lehrveranstaltungen auf Rumänisch abhalten – sei es durch Ablesen eines übersetzten Kollegheftes, was jedoch von Frisch als unwürdig eines

Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 1415/1919.

<sup>64</sup> Schreiben des Vorarlberger Landeshauptmanns v. 26. 1. 1919, Zl. 935, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 1415/1919.

<sup>65</sup> Schreiben des Vorarlberger Landeshauptmanns v. 26. 1. 1919, Zl. 935, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 1415/1919. Unklar ist, wer die „vier deutschen Professoren“ sein sollten.

<sup>66</sup> Bericht v. Hans Frisch v. 1. 6. 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, GZl. 12231/1919.

<sup>67</sup> Es muss sich dabei wohl um den Beschluss vom 11. 11. 1918 handeln: „Der Staat Deutschösterreich erklärt die deutsche Universität in Prag, die deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn sowie die Universität in Czernowitz als Besitz des d.ö. Staates und nimmt das diesen Hochschulen zugehörige gesamte bewegliche und unbewegliche Staatseigentum in Anspruch; ferner behält er sich vor, das gesamte zu diesen Hochschulen gehörige Personal in den d.ö. Staat aufzunehmen und als Angehörige des d.ö. Staates zu verwenden.“ Die erforderlichen Verhandlungen konnten bis Mitte Juni 1919 „überhaupt nicht inAngriff [sic!] genommen werden“. ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 12230/1919.

<sup>68</sup> Bericht v. Hans Frisch v. 1. 6. 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, GZl. 12231/1919.

Hochschullehrers abgetan wurde. Um weiter an der Universität in Czernowitz tätig zu bleiben müssten sich die Professoren „durch Unterschrift verpflichten, binnen einer Reihe von Monaten die rumänische Sprache zu erlernen, eine Prüfung daraus abzulegen und überdies [...] [sich] bereit erklären, den rumänischen Staatsbeamten zu leisten.“<sup>69</sup> Diese Voraussetzungen konnten nur die Wenigsten der altösterreichischen Hochschullehrer erfüllen. Sowohl in Wien als auch bei der rumänischen Regierung kursierte das Gerücht, dass eventuell in Siebenbürgen eine deutschsprachige Universität errichtet werden würde – für die Czernowitzer Professoren erwies sich dieses Projekt als unbedeutend, da sie eine schnelle Lösung brauchten und die Pläne lediglich Zukunftsmusik waren. Des Weiteren müssten die Professoren dieser künftigen Universität rumänisches Recht vortragen und dies wäre mangels der ausreichenden Sprachkenntnisse zur Aneignung dieser Materien seitens der deutschen Professoren unmöglich gewesen.

Die deutschösterreichische Regierung begann, nachdem klar wurde, dass die „deutschen Professoren“ in Czernowitz nicht verbleiben können werden, nach einer Lösung zu suchen. Deren Übernahme in den Deutschösterreichischen Staatsdienst wurde unter Zugrundelegung des bereits erwähnten Beschlusses des Staatsrates aus 1918 durchgeführt. Offen blieb wie man diesen Personen die Tätigkeit in Lehre und Forschung wieder zugänglich machen könnte. Be-

<sup>69</sup> Bericht v. Hans Frisch v. 1. 6. 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, GZl. 12231/1919. Frisch behauptet in seinen Ausführungen, dass keine Übergangsfristen angeboten bzw. ausgemacht wurden. Uray geht in seinem Aufsatz von einer zweijährigen Übergangszeit aus und beruft sich dabei auf Prokopowitsch, erwähnt jedoch den Bestand Univ. Czernowitz 5 C im ÖStA AVA gar nicht. Vgl. URAY, Czernowitz 77. Prokopowitsch nennt für seine Angabe keine konkrete Quelle. PROKOPOWITSCH, Gründung, Entwicklung und Ende 73.

reits bei den Diskussionen um die Verlegung der Universität wurde der Vorschlag gebracht die Lehrenden „zur Ergänzung der Lehrkanzeln der bereits bestehenden Hochschulen zu verwenden“<sup>70</sup>, diese Idee wurde nun weiterverfolgt. Ein Schreiben an alle deutschösterreichischen Hochschulen mit einer Liste aller Czernowitzer Professoren und Assistenten, die übernommen werden sollten, wurde mit der Bitte um Prüfung einer etwaigen Verwendung versendet. Insbesondere wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, dadurch mehr Lehrveranstaltungen anbieten zu können ohne jedoch die eigenen finanziellen Mittel zu belasten, da die Czernowitzer Professoren als Professoren *extra statum* ernannt werden konnten.<sup>71</sup>

Folgende Lehrende der Czernowitzer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät benötigten demnach einen neuen Posten:<sup>72</sup> die ordentlichen Professoren Julius Roschmann, Eugen Ehrlich, Karl Adler, Ferdinand Kogler, Georg Petschek, Hans Frisch, Paul Leder, Adolf Last, Alfred Amonn und der außerordentliche Professor Karl Wolff. Nicht auf dieser Liste findet sich u.a. Leonid Pitamic, der der „slowenischen Nationalität“ zugeordnet wurde.<sup>73</sup>

Das Schicksal der Czernowitzer Professoren verlief ganz unterschiedlich.<sup>74</sup> Mit Stand 1920

<sup>70</sup> Stellungnahme der zu Innsbruck tagenden Volksversammlung v. 17. 12. 1918, ÖStA, AVA, Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1184, 5 A, Zl. 1415/1919.

<sup>71</sup> Erlass des Staatsamts für Inneres und Unterricht (Unterrichtsamt) v. 12. 6. 1919, Zl. 12231, ÖStA, AVA, Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, GZl. 12231/1919.

<sup>72</sup> Verzeichnis der mit Ende September 1919 aus ihrer Stellung enthobenen Professoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte der Czernowitzer Universität, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, GZl. 12231/1919.

<sup>73</sup> Vgl. zu ihm in diesem Band PAVČNIK, Pitamic..

<sup>74</sup> Eine Übersicht über ihre „neue Verwendung“ findet sich in: Verwendung der Czernowitzer Universitätsprofessoren, ÖStA, AVA, Unterricht Allg., Univ.

sah die Weiterverwendung wie folgt aus:<sup>75</sup> Amonn wurde an die Deutsche Universität in Prag berufen. Frisch bekam einen Lehrauftrag an der Technischen Hochschule in Wien, wo er bis zu seiner Beurlaubung 1934 als ordentlicher Professor tätig war. Roschmann, Kogler und Wolff gingen an die Universität in Innsbruck, wo sie als Honorarprofessoren lehrten. Petschek und Leder unterrichteten in Wien als Honorarprofessoren. Der gesundheitlich angeschlagene Ehrlich wurde in den Ruhestand versetzt.<sup>76</sup> Adler erwies sich als Problemfall, der aufgrund „persönl. Schwierigkeiten“ nicht vermittelbar war,<sup>77</sup> und wurde, da er an keiner Hochschule Verwendung fand, in den Ruhestand versetzt – eine Maßnahme, die bei allen nichtverwendeten Professoren, die in den österreichischen Staatsdienst übernommen worden waren, „über Wunsch des Bundesministers für Finanzen“<sup>78</sup> gesetzt werden sollte.

Adolf Last wurde nicht in den österreichischen Staatsdienst übernommen,<sup>79</sup> da er die Voraussetzung der Dienstenthebung durch die rumänische Regierung nicht erfüllte. Last war „nicht von der rumän. Regierung seines Dienstes enthoben worden [...], sondern [übte] die Funktion eines Liquidators dieser Regierung aus [...], und

Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 16833/1920 (in: GZl. 12231/1919).

<sup>75</sup> Für einen kurzen Überblick zum weiteren Schicksal dieser Professoren siehe: STAUDIGL-CIECHOWICZ, Österreichische Universitätslandschaft 651–654 m.w.N.

<sup>76</sup> Vgl. zu ihm auch in diesem Band: OLECHOWSKI, Hans Kelsen. Weiters STAUDIGL-CIECHOWICZ, Österreichische Universitätslandschaft 652f. m.w.N.

<sup>77</sup> Verwendung der Czernowitzer Universitätsprofessoren, ÖStA, AVA, Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 16833/1920 (in: GZl. 12231/1919). Vgl. zu ihm in diesem Band SCHMETTERER, Karl Friedrich Adler.

<sup>78</sup> A 260/21, ÖStA, AVA, Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 2802/1919.

<sup>79</sup> So zumindest die Lage bis 1922, die weitere Entwicklung geht aus dem Akt nicht hervor. Vgl. ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 2802/1919.

[er war] auch nicht an die österr. Unterrichtsverwaltung wegen Uebernahme herangetreten“.<sup>80</sup>

## Die Ukrainische Freie Universität

Der polnisch-ukrainische Nationalitätenkonflikt in Lemberg hatte bereits während der Herrschaft des Hauses Habsburg-Lothringen zu Forderungen nach einer eigenen ukrainischen Universität geführt.<sup>81</sup> Als Lemberg nach dem Ersten Weltkrieg nun im polnischen Einflussgebiet stand verbesserte sich die Lage der ukrainischen Studierenden und Hochschullehrer selbstverständlich nicht. Die Bestrebungen des polnischen Staates Lemberg und dessen Umgebung Polen einzuverleiben stießen auf den Widerstand des ukrainischen Teils der Bevölkerung, der sich einen eigenen ukrainischen Nationalstaat wünschte. Bereits am 1. November 1918 wurde in Lemberg die Westukrainische Republik ausgerufen, drei Wochen später wurde die Stadt von polnischen Truppen besetzt. Um sich der Loyalität der Universitätslehrer zu versichern wurden diese im April 1919 aufgefordert einen Treueeid auf den polnischen Staat abzulegen, alle, die dies verweigerten sollten, umgehend entlassen werden.<sup>82</sup> Als einzige ukrainische Professoren an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät waren vor dem Ersten

<sup>80</sup> A 260/21, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ. Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 2802/1919.

<sup>81</sup> Initiativantrag 299 BlgAH 22. Sess.

<sup>82</sup> REDZIK, Prawo prywatne 41 mwN. Der Treueeid lautete: „Ich gelobe dem polnischen Staat die Treue und den Gehorsam, weiters schwöre ich, dass ich die geltenden Gesetze und Verordnungen gewissenhaft und genau befolgen werde, dass ich die Pflichten meines Amtes parteilos und selbstlos erfüllen werde, und alles vermeiden werde, was dem Staat schaden und dem Stand, dem ich angehöre, einen Nachteil bringen könnte.“ aus dem Polnischen übersetzt durch die Autorin.

Weltkrieg Piotr Stebelski<sup>83</sup> und Stanisław Dnistrianski<sup>84</sup> tätig. Während der erste den Treueeid ablegte und an der Lemberger Universität verblieb, kämpfte Dnistrianski für einen freien ukrainischen Staat, wurde in Lemberg entlassen und war schließlich einer der Mitbegründer der Ukrainischen Freien Universität.

Während die Ablegung eines polnischen Treueides für Staatsbeamte keine eigens gegen die ukrainischen Hochschullehrer gerichtete Maßnahme darstellte,<sup>85</sup> waren die Voraussetzungen für die Aufnahme bzw. Fortsetzung eines Studiums sehr wohl gegen ukrainische Studierende gerichtet. Die Anfang 1919 vom Rektorat erlassenen Inskriptionsvoraussetzungen sahen vor, dass lediglich polnische Staatsbürger, die in der polnischen Armee ihren Dienst geleistet hatten, und ausländische Staatsbürger verbündeter Staaten zum Studium zugelassen wurden. In der Regel erfüllten ukrainische Studierende diese Voraussetzungen nicht. Wegen ihrer Rechtswidrigkeit war diese Vorschrift nicht lange in Kraft.<sup>86</sup>

Dieses feindliche Klima veranlasste sowohl ukrainische Lehrende als auch Studierende andere akademische Möglichkeiten zu suchen. Bereits 1919 wurden Pläne geschmiedet eine ukrainisch-

sprachige Exiluniversität zu gründen, als potentielle Standorte wurden Prag und Wien in Betracht gezogen.<sup>87</sup> Die zunächst im Wiener Café Herrenhof geführten Gespräche zwischen ukrainischen Literaten und Akademiker mündeten in der Errichtung der Universität mit der feierlichen Eröffnung am 21. Jänner 1921 im Palais Eschenbach.<sup>88</sup> Die Räumlichkeiten für die Lehrveranstaltungen wurden von der Gemeinde Wien an Schulen zur Verfügung gestellt.<sup>89</sup> Die Universität verfügte zunächst über eine rechts- und sozialwissenschaftliche und eine philosophische Fakultät. Der Lemberger Zivillist Dnistrianski fungierte als Prorektor, Dekan der juristischen Fakultät und Hochschullehrer für Rechtstheorie, Verfassungsrecht und Internationales Recht.<sup>90</sup>

Die Wiener Periode dieser Universität war jedoch nicht von langer Dauer, bereits im Herbst 1921 wurde die Universität nach Prag übersiedelt. Sowohl die finanzielle Unterstützung, als auch die Nachfrage seitens der akademischen Jugend hatte sich in Wien nicht den Erwartungen gemäß entwickelt – so hatte die rechts- und sozialwissenschaftliche Fakultät lediglich 25 Hörerinnen und Hörer.<sup>91</sup>

<sup>83</sup> Piotr Stebelski (auch Стебельський; 1857–1923) war seit 1892 ao. seit 1895 o. Prof. für österreichisches Strafrecht und Strafprozess mit ukrainischer Unterrichtssprache an der Universität Lemberg. Nach 1920 wurde seine Lehrkanzel in eine polnischsprachige umgewandelt. Vgl. zu ihm REDZIK, *Prawo prywatne* 361 f.

<sup>84</sup> Stanisław Dnistrianski (auch Dniestrzański oder Дністрянський; 1870–1935) war seit 1901 ao. Prof. für österreichisches bürgerliches Recht mit ukrainischer Unterrichtssprache an der Universität Lemberg. Vgl. zu ihm REDZIK, *Prawo prywatne* 353.

<sup>85</sup> Die Ablegung eines neuen Diensteides war auch beispielsweise in Österreich und Rumänien vorgesehen.

<sup>86</sup> Redzik nennt das Datum ihrer Aufhebung nicht. Es wird auch nicht problematisiert, wie diese Verordnung sich auf die weiblichen Studienwerberinnen auswirkte. Vgl. REDZIK, *Prawo prywatne* 42.

<sup>87</sup> SZAFOWAL, *Geschichtlicher Überblick* 47 f.

<sup>88</sup> Die Verzögerung zwischen dem Beginn der Verhandlungen und der endgültigen Errichtung gehen auf interne Unstimmigkeiten zurück. Vgl. dazu ausführlich SZAFOWAL, *Geschichtlicher Überblick* 49–58.

<sup>89</sup> Reichspost v. 18. 1. 1921, Nr. 17, 3.

<sup>90</sup> SZAFOWAL, *Geschichtlicher Überblick* 55, 63.

<sup>91</sup> SZAFOWAL, *Geschichtlicher Überblick* 64. Zur weiteren Entwicklung der Ukrainischen Freien Universität, die seit 1945 ihren Sitz in München hat: SZAFOWAL, *Geschichtlicher Überblick*; JANIW, *Ukrainische Freie Universität*.

## Die Konkurrenzfähigkeit als Frage der Finanzen

Mit finanziellen Schwierigkeiten musste auch die Universität Wien kämpfen. Die finanzielle Situation der Ersten Republik und somit auch jener ihrer Hochschulen war – insbesondere unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs – sehr trist. Die Gehälter der Professoren waren im Vergleich zu jenen der tschechoslowakischen Professoren viel niedriger.<sup>92</sup> Die „besonders ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse in Wien“ erschwerten nicht nur Berufungen aus dem Deutschen Reich, aber selbst aus Innsbruck und Graz.<sup>93</sup> Ebenso schwierig war es Wiener Professoren im Falle eines Abwerbungsversuches zu halten, da die zusätzlichen Personalzulagen, die angeboten werden konnten, relativ niedrig waren. Eine vorübergehende Entspannung der Situation brachte das neue Gehaltsgesetz für die Professoren.<sup>94</sup> Nicht durchsetzen konnte sich hingegen das Projekt einer „wirtschaftlichen Selbstverwaltung“ der Universität Wien.<sup>95</sup> Demnach hätte die Universität selbst die Höhe und die Verwendung der Kollegengelder bestimmen können – ein Plan, der auf große Kritik seitens der Universitäten Graz und Innsbruck stieß, da er vor allem die zahlenmäßig überlegene Universität Wien bevorteilen würde. Einen Einblick in den universitären Alltag und die durch die finanzielle Knappheit bedingten Beeinträchtigungen in der wissenschaftlichen Tätigkeit gibt der Antrag des Vorstandes des Wiener Universitäts-Institutes für die gesamte Strafrechtswissenschaft und Kriminalistik Wenzel Gleispach. In diesem fordert Gleispach die Bereitstellung eines Dieners, damit seine wis-

senschaftlichen Hilfskräfte sich ganz ihrer akademischen Tätigkeit widmen können anstatt „ganz untergeordnete, aber unvermeidliche Besorgungen, wie sie eben der Betrieb eines Institutes mit sich bringt, ausführen [zu] müssen, dass sie selbst das Öffnen des Institutseinganges, ja sogar Reinigungsarbeiten und das Heizen besorgen müssen“.<sup>96</sup>

## Die Universitäten als „deutsche Forschungs- und Lehranstalten“

Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde der Großteil der Gesetze aus der Monarchie mittels Rechtsüberleitung in die neu entstandene Republik Deutschösterreich übernommen, unter anderem auch das Organisationsgesetz für die Universitäten.<sup>97</sup> Als nun 1922 die längst überfällige Reform dieses Gesetzes erfolgte, kam es auch zu einer Umformulierung des § 1 Abs. 1 Organisationsgesetz, der bis dahin lediglich die Aufteilung der Universität in Fakultäten normierte. Die neue Fassung besagte hingegen, dass die „Universitäten [...] deutsche Forschungs- und Lehranstalten [sind]“. Diese Feststellung mag auf den ersten Blick verwundern, schließlich war die Universität Wien (wie auch Graz und Innsbruck) seit der Abschaffung der lateinischen Vortragsprache durchgehend eine deutschsprachige Universität und befand sich auch im Staatsgebiet Österreichs, hielt somit die Lehrveranstaltungen in der Landessprache – anders als beispielsweise die Deutsche Universität in Prag. Wirft man jedoch einen Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen an

<sup>92</sup> Vgl. STAUDIGL-CIECHOWICZ, Dienstrecht 56f.

<sup>93</sup> Initiativantrag 209 BlgNR 1. GP.

<sup>94</sup> StGBL 571/1919.

<sup>95</sup> Zu den Vätern dieser Idee gehörten vor allem Hans Kelsen und Alfons Dopsch. Vgl. dazu auch STAUDIGL-CIECHOWICZ, Organisationsrecht 39–41; ausführlich bei HÖFLECHNER, Baumeister 172–189.

<sup>96</sup> Eingabe Gleispachs an das Unterrichtsministerium v. 25. 11. 1927, ÖStA AVA, Unterricht Allg., Univ. Wien, Kart. 699, Institut für Strafrecht und Kriminalistik.

<sup>97</sup> G 27. 4. 1873 RGBL 63/1873 betreffend die Organisation der akademischen Behörden.

den österreichischen Universitäten in der Ersten Republik, so wird klar, dass mit dieser Festsetzung des „Deutschtums“ der Universitäten etwas anderes gemeint ist und zwar deren „deutscher Charakter“, der sich vor allem gegen die Aufnahme jüdischer Personen und Personen jüdischer Herkunft in die Universität – sei es als Lehrende, sei es als Lernende – richtete.<sup>98</sup> Diese Ansicht wurde nicht nur sowohl verbal als auch in tätlichen Angriffen von der Deutschen Studentenschaft vertreten, sondern auch durch Kundgebungen der akademischen Behörden bekräftigt.<sup>99</sup> Als Ausfluss dieser Einstellung sind die Proteste gegen diverse Dekanswahlen wie beispielsweise gegen die Wahl des Handelsrechtlers Josef Hupkas<sup>100</sup> 1926 oder auch gegen die Wahl des Internisten Ernst Peter Pick<sup>101</sup> 1932 zu sehen. Viele österreichische Wissenschaftler sahen sich durch diese antisemitischen Anfeindungen gezwungen eine neue Forschungsstätte zu suchen.

## Conclusio

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie führte zu einer Verengung der österreichischen Universitätslandschaft. Deutschösterreich blieb mit weniger als der Hälfte der (alt)österreichischen Universitäten zurück. Die akademische Mobilität, die um die Jahrhundertwende sehr stark ausgeprägt war, ging aufgrund der neuen Verhältnisse zurück. Die früheren „Haupttrouten“ der Rechts- und Staatswissenschaftler lagen nun teilweise

nicht mehr innerhalb der deutschösterreichischen Staatsgrenzen. Die nun ausländischen Universitäten waren für Mobilitätswege von Rechtswissenschaftlern weniger geeignet, insbesondere wegen der (meistens) fremden Vortragssprache und der fremden vorzutragenden Rechtsordnung.

Stattdessen kam es verstärkt zu personellem Austausch innerhalb der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten (Deutsch)Österreichs. Nicht nur die Mobilitätswege veränderten sich auch das antisemitische Klima an den Universitäten spitzte sich zu. Waren während der Monarchie Berufungen von jüdischen Professoren im Vergleich zum Akademikeranteil zwar nicht häufig, fanden jedoch sehr wohl statt,<sup>102</sup> so wurden sie in der Ersten Republik zu einer Seltenheit. An der Wiener rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät waren von 24 Professoren, die zwischen 1918 und 1938 berufen wurden, lediglich vier jüdischer Herkunft. Im Vergleich dazu waren von den 22 zwischen 1900 und 1917 berufenen Personen acht jüdischer Herkunft. Die finanzielle Unzufriedenheit schürte zusätzlich den ohnehin groben Umgangston an den Universitäten. Die akademischen Behörden duldeten die antisemitischen Parolen nicht nur, oft förderten sie diese bzw. bemühten sich von sich aus den „deutschen Charakter“ der Universität zu erhalten. Bezeichnend für diese Vorgehensweise ist die Stellungnahme des Professorenkollegiums der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck zur angefragten Übernahme von Czernowitzer Professoren. „Jüdische Professoren können an die hiesige Universität nicht übernommen werden, weil im Falle ihrer Berufung deren ungestörte Lehrtätigkeit in Hinblick auf die Stimmung der hiesigen Studentenschaft in keiner Weise garantiert werden könnte.“<sup>103</sup>

<sup>98</sup> Vgl. dazu auch in diesem Band FEICHTINGER, Braindrain.

<sup>99</sup> Beispielsweise vom Rektor der Universität Wien Karl Diener in der Reichspost: DIENER, Memorandum.

<sup>100</sup> Vgl. dazu STAUDIGL-CIECHOWICZ, Antisemitismus 68f.

<sup>101</sup> Offener Brief der Leitung der Deutschen Studentenschaft an Herrn Professor Dr. Pick (undatiert), DÖW, 4058/2.

<sup>102</sup> Vgl. ASH, Universität Wien.

<sup>103</sup> Stellungnahme der Innsbrucker philosophischen Fakultät an das Staatsamt für Inneres und Unterricht v. 11. 7. 1919, ÖStA, AVA Unterricht Allg., Univ.

Mobilität war zwar im 20. Jahrhundert nach wie vor ein Thema, jedoch führten die einander folgenden politischen Umbrüche in Österreich und das antisemitische Klima der Universitäten vor allem zu einer erzwungenen Mobilität – vereinfacht ausgedrückt war das 20. Jahrhundert bzw. dessen erste Hälfte das Jahrhundert der akademischen Zwangsmigration.

### Korrespondenz:

Mag. Kamila Staudigl-Ciechowicz, LL.M.  
 Universität Wien,  
 Rechtswissenschaftliche Fakultät  
 Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte  
 Abteilung KRGÖ  
 Strohgasse 45/2d, 1030 Wien  
 kamila.staudigl-ciechowicz@univie.ac.at

### Abkürzungen:

MKU Ministerium für Kultus und Unterricht  
 NFP Neue Freie Presse

### Literatur:

- k.k. statistische Zentralkommission (Hg.), Österreichisches Statistisches Handbuch für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder Bd 20 (Wien 1902).
- Ludwig ADAMOVICH (sen.), [Selbstdarstellung], in: Nikolaus GRASS (Hg.) Österreichische Rechts- und Staatswissenschaften der Gegenwart in Selbstdarstellungen (Innsbruck 1952) 11–19.
- Mitchell G. ASH, Jüdische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Universität Wien von der Monarchie bis nach 1945. Stand der Forschung und offene Fragen, in: Oliver RATHKOLB (Hg.), Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert (=Zeitgeschichte im Kontext 8, Göttingen 2013) 93–122.
- Hermann BALTL, Carl Joseph Freiherr Pratobevera von Wiesborn, in: Wilhelm BRAUNEDER (Hg.), Juristen in Österreich 1200–1980 (Wien 1987) 119–124.
- Andrzej Kazimierz BANACH, The partitional period: the Jagiellonian University 1795–1918, in: Krzysztof STOPKA, Andrzej Kazimierz BANACH, Julian DYBIEC, The history of the Jagiellonian University (Kraków 2000) 89–167.
- Leo Ritter BECK, Carl von KELLE (Hgg.), Die österreichischen Universitätsgesetze (Wien 1906).
- Janina BIENIARZÓWNA, Od wiosny ludów do powstania styczniowego, in: Janina BIENIARZÓWNA, Jan M. MAŁECKI, Dzieje Krakowa. Bd. 3: Kraków w latach 1796–1918 (Kraków 1979) 177–224.
- Wilhelm BRAUNEDER, Joseph Unger, in: Wilhelm BRAUNEDER (Hg.), Juristen in Österreich 1200–1980 (Wien 1987) 177–183.
- Karl DIENER, Das Memorandum der deutschen Studentenschaft, in: Reichspost, 10. 12.1922, Nr. 330 1.
- Barbara DÖLEMAYER, Moritz von Stubenrauch, in: Wilhelm BRAUNEDER (Hg.), Juristen in Österreich 1200–1980 (Wien 1987) 156–160.
- Helmut ENGLBRECHT, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4: Von Ende 1848 bis zum Ende der Monarchie (Wien 1986).

---

Czernowitz, Kart. 1185, 5 C 1, Zl. 13559/1919 (in: GZl. 12231/1919) fol. 20.

- Waltraud HEINDL, Universitätsreform und politisches Programm. Die Sprachenfrage an der Universität Krakau im Neoabsolutismus, in: Österreichische Osthefte 20 (1978) 79–98.
- Carl HEINTL, Mittheilungen aus den Universitäts-Acten. Vom 12. März bis 22. Juli 1848 (Wien 1848).
- Josef HOCHGERNER, Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich (=Studenten in Bewegung. Österreichische Studentengeschichte seit der Gründung der Universität Wien bis zum Ersten Weltkrieg, Wien 1983).
- Walter HÖFLECHNER, Die Baumeister des künftigen Glücks. Fragment einer Geschichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938 (=Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 23, Graz 1988).
- Herbert HOFMEISTER, Joseph Ritter von Winiwarer, in: Wilhelm BRAUNEDER (Hg.), Juristen in Österreich 1200–1980 (Wien 1987) 125–128.
- Josef HONEDER, „Hauser, Johann Nepomuk“, in: Neue Deutsche Biographie 8 (1969), [Onlinefassung: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118709178.html>] (abgerufen am: 1. 6. 2014).
- Wolodymyr JANIW, Ukrainische Freie Universität. Kurzgefasste Geschichte und dokumentarische Ergänzungen (München 1976).
- Leon KELLNER, Das Sommersemester an der Front. Kriegstage in Czernowitz, in: NFP v. 20. 6. 1916, Nr. 18615 S. 1 f.
- Ota KONRÁD, Die Deutsche Universität Prag in der Ersten tschechoslowakischen Republik – Zwischen Kooperation und Konfrontation, in: Elmar SCHÜBL, Harald HEPPNER (Hgg.), Universitäten in Zeiten des Umbruchs. Fallstudien über das mittlere und östliche Europa im 20. Jahrhundert (Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland 5, Wien–Berlin 2011) 29–42.
- Fritz MAYRHOFER, Franz Dinghofer – Leben und Wirken (1873–1956), in: Archiv der Stadt Linz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1969 (Linz 1970) 11–152.
- Paul MOLISCH, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918 (Wien–Leipzig 1939).
- Gerhard OBERKOFER, Josef Krainz, in: Wilhelm BRAUNEDER (Hg.), Juristen in Österreich 1200–1980 (Wien 1987) 169–171.
- Thomas OLECHOWSKI, Jürgen BUSCH, Hans Kelsen als Professor an der Deutschen Universität Prag. Biographische Aspekte der Kelsen-Sander-Kontroverse, in: Karel MALÝ, Ladislav SOUKUP (Hgg.), Československé právo a právní věda v meziválečném období 1918–1938 a jejich místo v Evropě (Praha 2010) 1106–1134.
- Franz ORTNER, Die Universität in Salzburg. Die dramatischen Bemühungen um ihre Wiedererrichtung 1810–1962 (Salzburg 1987).
- Anton PACE (Hg.), Ernst Mayrhofer's Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit besonderer Berücksichtigung der diesen Ländern gemeinsamen Gesetze und Verordnungen, Bd. 4: Das Cultus-, Bildungs- und Sittenwesen (Wien 1898).
- Krzysztof POL, Fryderyk Zoll (młodszy) 1865–1948 w 140. rocznicę urodzin, in: Palestra 11-12/2005, [Onlinefassung: <http://www.palestra.pl/index.php?go=artykul&id=1816>] (abgerufen am 11. 7. 2014).
- Erich PROKOPOWITSCH, Gründung, Entwicklung und Ende der Franz-Josephs-Universität in Czernowitz (Bukowina-Buchenland)(=Schriften zur Geschichte des Deutschtums in der Bukowina (Buchenland) 1, Clausthal-Zellerfeld 1955).
- Erich PROKOPOWITSCH, Der Kampf um die Verlegung der Franz-Josephs-Universität in Czernowitz während des Ersten Weltkrieges, in: Österreichische Begegnung. Vierteljahresschrift für Kultur und Zeitgeschichte (1963) 1, 26–37.
- Adam REDZIK, Prawo prywatne na uniwersytecie Jana Kazimierza we Lwowie (Warszawa 2009).
- Helmut SLAPNICKA, Die juridischen Fakultäten der Prager Universitäten 1900–1939, in: Hans LEMBERG (Hg.), Universitäten in nationaler Konkurrenz. Zur Geschichte der Prager Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 86, München 2003) 63–84.
- Zora STAMM, Univerzita Karlova – Karlsuniversität Prag, in: Laetitia BOEHM, Rainer A. MÜLLER (Hgg.), Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitätsgeschichte in Einzeldarstellungen (Düsseldorf 1983) 302–311.
- Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Organisationsrecht, in: Thomas OLECHOWSKI, Tamara EHS, Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938 (Wien 2014) 39–47.
- Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Dienstrecht, in: Thomas OLECHOWSKI, Tamara EHS, Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938 (Wien 2014) 53–66.
- Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Akademischer Antisemitismus, in: Thomas OLECHOWSKI, Tamara EHS,

- Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938 (Wien 2014) 67–77.
- Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die österreichische Universitätslandschaft um 1918, in: Thomas OLECHOWSKI, Tamara EHS, Kamila STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938 (Wien 2014) 641–666.
- Marie ŠTEMBERKOVÁ, Universitas Carolina Pragensis (Prag 1996).
- Michal SVATOŠ, Die Prager Universitäten im öffentlichen Leben der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Hans LEMBERG (Hg.), Universitäten in nationaler Konkurrenz. Zur Geschichte der Prager Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 86, München 2003) 135–143.
- Mykola SZAFOWAL, Geschichtlicher Überblick und die Frage nach den Anfängen, in: Una PATZKE, Mykola SZAFOWAL, Roman YAREMKO (Hgg.): Universitas Libera Ucrainensis: 1921 – 2011 (München 2011) 41–81.
- Johannes URAY, Czernowitz–Salzburg: Die Idee zum Transfer einer Universität (1916–1920), in: Elmar SCHÜBL, Harald HEPPNER (Hgg.), Universitäten in Zeiten des Umbruchs. Fallstudien über das mittlere und östliche Europa im 20. Jahrhundert (Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland 5, Wien–Berlin 2011) 69–80.